



## **Ostseeschutzallianz Mecklenburg-Vorpommern**

### **Entschlossen für einen wirksamen Schutz der Ostsee**

Die gesellschaftspolitische Debatte im Jahr der Bundestags - aber auch der Landtagswahl wird geprägt von der Erkenntnis eines notwendigen MEHR an Klima- und Naturschutz. Es geht um nicht weniger als die Gerechtigkeit für Generationen und die Lebensgrundlagen von 83 Millionen Bürger\*innen in Deutschland und 1,6 Millionen in Mecklenburg-Vorpommern.

Unser Bundesland ist geprägt durch die Ostsee. Sie ist Teil unserer kulturellen Identität, Eckpfeiler unserer Wirtschaft und Sehnsuchtsort zugleich. Doch ihr Zustand, verursacht durch Klimakrise und fortschreitende Industrialisierung, ist besorgniserregend. Zu lange haben wir eine ökologisch ausgewogene Meerespolitik vernachlässigt, die Entwicklung der maritimen Wirtschaft getrennt vom Schutz mariner Arten- und Lebensraumvielfalt diskutiert, die ökologischen Belastungsgrenzen der Ostsee ignoriert und ihre Bedeutung für den Klimaschutz unterschätzt. Das muss sich sehr schnell ändern. Es mangelt nicht an Instrumenten und Maßnahmen für einen wirksamen Ostseeschutz, sondern es kommt auf den politischen Willen zur Umsetzung an.

Fehlende Umsetzung ist verantwortlich dafür, dass wir die deutschen Umweltziele der Europäischen Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) verfehlt haben. Deshalb erreichten wir bis 2020 den guten Umweltzustand der Ostsee nicht. Fehlende Entschlossenheit bei der wirksamen Umsetzung von Meeresschutzgebieten hat 2021 zur Klage der Europäischen Kommission gegen Deutschland geführt. Dabei weisen die Empfehlungen des Weltbiodiversitäts- und des Weltklimarates sowie die europäische Biodiversitätsstrategie den Weg. Mit dem konsequenten Schutz mariner Arten und Lebensräume können und müssen wir Klimakrise und Artensterben gleichermaßen begegnen. Der aktuelle deutsche Vorsitz der Helsinki-Kommission und die Überarbeitung des Ostseeaktionsplans bieten heute eine große Chance den Ostseeschutz im Sinne der global vereinbarten Nachhaltigkeitsziele voranzubringen. Dabei müssen Ostseeschutz und nachhaltige Nutzung keine Gegensätze sein. Vielmehr gilt es Synergien zu nutzen.

Zur Landtagswahl appellieren die unterzeichnenden Naturschutzverbände gemeinsam an die demokratischen Parteien, dem Meeresschutz in Mecklenburg-Vorpommern die notwendige politische Bedeutung beizumessen und einen konsequenten Weg der Erneuerung einzuschlagen. Die zentralen Herausforderungen haben wir in folgenden Kernforderungen zusammengefasst:

### **Meeresschutzgebiete wirksam machen**

Die Meeresschutzgebiete des europäischen Natura 2000-Netzwerks sind Oasen der Vielfalt, Refugien für seltene und bedrohte Arten und Lebensräume. Doch nicht die Fläche allein zählt, entscheidend ist ihr wirksames Management. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- Managementpläne für alle FFH- und Vogelschutzgebiete in den Küstengewässern, deren Maßnahmen an den spezifischen marinen Schutzgebietszielen ausgerichtet, wirksam sind und kontrolliert werden;
- die Entwicklung gebietsspezifischer Zonierungskonzepte für die Schutzgebiete. Mindestens 50 Prozent ihrer Fläche muss perspektivisch frei von schädigenden wirtschaftlichen Nutzungen sein;
- eine Überarbeitung des marinen Teils des Landesraumentwicklungsprogramms, die sich am Ziel des „Guten Umweltzustandes“ der MSRL und dem Ökosystemansatz ausrichten muss.

### **Nährstoffeinträge reduzieren**

Die Belastung durch Nährstoffe ist ein Kernproblem der Ostsee. Sauerstofffreie Zonen nehmen zu, klimarelevante Pflanzengesellschaften wie Seegraswiesen nehmen ab. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- eine sehr weitgehende Extensivierung und ökologische Umstellung der Landwirtschaft mit einer massiven Reduktion von Düngemittel- und Pestizideinsatz;

### **Munitionsaltlasten naturverträglich räumen**

Zehntausende Tonnen von Kriegsaltlasten liegen als tickende Zeitbomben in den Küstengewässern Mecklenburg-Vorpommerns. Mit den jüngsten Beschlüssen der Umweltministerkonferenz, aber auch des Bundestages, gibt es endlich Konsens für eine gemeinsame Strategie von Bund und Ländern zum Umgang mit Munition im Meer. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- die aktive Beteiligung am Aufbau eines nationalen Koordinierungszentrums „Munition im Meer“ und die Unterstützung der Entwicklung naturverträglicher, sprengungsfreier Technologien zur Munitionsräumung;
- die Beteiligung an einem Sofortprogramm für die Ostsee und einem nationalen Finanzierungsfonds „Munitionsräumung deutsche Nord- und Ostsee“.

### **Müll beseitigen**

Das Verhalten unserer Wegwerfgesellschaft hat verheerende Folgen für die Meeresumwelt. Meerestiere verenden in verloren gegangenen Fischereigeräten oder ersticken an Plastikmüll. Mikroplastik und sich lösende Giftstoffe reichern sich in der Nahrungskette an und stellen somit auch eine direkte Gefahr für den Menschen dar. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- landesweite Vorgaben für effiziente Mülleinsparungen und Recyclingsysteme sowie für den Einsatz von schadstofffreien Mehrwegbehältern in der Take-Away-Gastronomie und auf Veranstaltungen;
- die Reduktion von giftigen Zigarettenfiltern an Stränden durch die Etablierung von lokalen Rauchverboten;
- eine Unterstützung bei der Suche, Bergung und Entsorgung von „verlorenem“ Fischfanggerät, sogenannten Geisternetzen.

## **Übernutzung zurückführen**

Die zu intensive Fischerei und der Einsatz grundberührender Fischereigeräte zerstört wichtige Lebensräume, fördert die Eutrophierung der Meere sowie die Freisetzung von klimaschädlichem CO<sub>2</sub> und verhindert die Erholung von Fischbeständen. Auch eine zu intensive Angelfischerei kann negative Effekte auf Fischbestände haben. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- ein Verbot der grundberührenden Fischerei und das Einrichten von Ausschlusszonen für die Berufs- und Freizeitfischerei in marinen Schutzgebieten;
- die Umstellung der Stellnetzfischerei auf umweltschonende und Beifang vermeidende Fanggeräte bzw. eine Anpassung der Fangzeiten sowie die Verpflichtung der Fischerei, alle Beifänge von Seevögeln und marinen Säugetieren zu erfassen und zu melden;
- die Einrichtung von befristeten Fischschonbezirken (01.11. bis 31.03.) in allen marinen Naturschutzgebieten zur Sicherung und Erholung der Bestände.

## **Ökosystemverträgliche Nutzung**

Durch die Vielzahl intensiver Nutzungen sind die Belastungsgrenzen unserer Ostsee bereits heute erreicht oder überschritten. Sämtliche Nutzungsansprüche sind umgehend entsprechend eines Vorsorge- und des Ökosystemansatzes nachhaltig zu regulieren. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- den Ausbau der Offshore-Windenergie und assoziierter Infrastruktur nur innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen zu entwickeln, und Schutzgebiete sowie wichtige Wanderkorridore für Vögel, Fledermäuse und marine Arten von Windparks freizuhalten;
- ein Verbot der Sand- und Kiesgewinnung in marinen Schutzgebieten und stattdessen ein Konzept für das Rohstoffrecycling;
- keine weiteren Fahrwasserausbauten für die Hafenansteuerungen beim Bund zu beantragen bzw. in Landesregie durchzuführen.

## **Bedrohte Arten schützen, Lebensräume wiederherstellen**

Heimische Arten und viele Lebensräume der Ostsee mit zentralen Funktionen für das gesamte Ökosystem sind bereits sehr stark zurückgegangen oder zerstört worden. Bedeutsame Küstenüberflutungsbereiche wurden entwässert und eingedeicht, wodurch Eutrophierung, Biodiversitätsverlust und die Emission von Treibhausgasen gefördert wurden. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- den konsequenten Schutz der zurückkehrenden Kegelrobben durch die Erarbeitung eines Robbenplanes durch den Fachbeirat "Konfliktmanagement-Fischerei-Kegelrobbe" des Umweltministeriums;
- effektive Renaturierungsmaßnahmen, mit denen wertvolle, verloren gegangene Lebensräume, insbesondere Seegraswiesen, Riffe, Salzwiesen und Überflutungsbereiche, wiederhergestellt werden;
- Eingriffe in geschützte marine Lebensräume künftig nur noch ausnahmsweise und unter der Bedingung der umfassenden Realkompensation im Meer zu genehmigen.

## **Vollzugsdefizit beenden, Meeresschutz durchsetzen**

Naturschutz kann nur bei einem echten politischen Willen zur Umsetzung der Rechtsvorschriften gelingen. Fast die Hälfte der Naturschutzgebiete in Mecklenburg-Vorpommern hat keine Naturschutzgebietsverordnung nach aktuell geltendem Recht. Wir fordern von der künftigen Landesregierung:

- ein Ende der Vollzugsdefizite des Naturschutzrechts im Land, wirksame Kontrollen und moderne, an den Schutzziele orientierte Schutzverordnungen für Naturschutzgebiete und eine stark verbesserte Personalausstattung in den Naturschutzbehörden;
- ein Ende von „freiwilligen Verträgen“ als Ersatz für rechtlich verpflichtende Schutzmaßnahmen;
- den Schutz mariner Arten, Lebensräume und ihrer Ökosystemfunktionen in das Zentrum meerespolitischer Entscheidungen und Programme zu rücken.

Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2021